

Wichtiger als Bußgeld

Scheuer: „Schutzpatron der Raser“, FR-Meinung vom 16. Mai

Wer mit 70 durch eine Stadt fährt, weiß, dass er rast. Viele Städte bestehen aber aus einem unübersichtlichen Gewirr von 30er-Zonen in Wohngebieten, von 50er- und 40er-Straßenabschnitten und von 30er-Beschränkungen vor Schulen, Kitas und Seniorenheimen. Wer dann das einzelne, vielleicht von einem Lieferwagen verdeckte 30er-Schild am rechten Straßenrand übersieht, darf dafür nicht mit dem Verlust seines Führerscheins bestraft werden. Vor hohen Bußgeldern müssen die Kommunen erst ihre Hausaufgaben einer klaren 30er-Beschilderung auf beiden Straßenseiten, als Asphaltmalerei und mehrfach, d.h. alle 200 Meter, erledigen. Eine solche eindeutige Beschilderung ist vorrangiger für die Verkehrssicherheit und Voraussetzung für hohe Bußgelder.

Manfred Alberti, Wuppertal

Ich fordere eine höhere Promillegrenze

Ich finde Scheuers Vorschlag unausgewogen und ungerecht. Manche rasen gerne. Ich trinke gerne, fordere also die Einführung der 1,2-Promillegrenze. Ob dann höhere Werte für bayrische Politiker gelten, das wäre mir egal. Den gefährdeten Kleinunternehmern kommt man auch entgegen, für alle Kleinunternehmer, die Coronahilfe beantragt haben, gilt eine Grenze von innerorts plus 51km/h, sonst plus 80 km/h. Das wäre ausgewogen. Bernd Otte, Gelsenkirchen

Deutschland ist ein Irrenhaus

Erst dachte ich, Karneval ist vorbei, doch ich habe mich geirrt. Da will doch wirklich Deutschlands Autoverkäufer behaupten, die Fahrzeuge hätten keinen Tachometer eingebaut bekommen und es müsse daher die Punkte-Regelung im Flensburger Punkte-katalog korrigiert werden. Fahrer könnten nicht sehen, ob sie innerhalb des Ortes 21 km/h oder außerhalb des Ortes 26 km/h zu schnell seien, und deshalb ist es ungerecht, dafür Punkte zu bekommen. Das Verhältnis wäre nicht richtig, man müsse den Bleifüßlern etwas entgegenkommen.

Da kann man nur sagen, es ist der rechte Mann am richtigen Ort. Weg mit 130, freie Fahrt dem freien Bürger. Innerorts kann man auch mit 100 durchbrettern und auf Landstraßen mit 180. Autobahnen komplett frei, auf allen Streckenabschnitten – so kann man Wahlen gewinnen und den Instituten der schwarzen Zunft Arbeitsplätze garantieren. Wir brauchen dann auch mehr Pfarrer.

Ein Mann mit Weitblick, mit enormen Fähigkeiten, der beste Kandidat für das Kanzleramt. CDU und CSU, handelt und präsentiert uns den neuen Kanzler. Deutschland ist ein Irrenhaus, wie ging das noch weiter?

Uwe Neumann, Rodgau

Diskussion: frblog.de/scheuer



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara moderiert zwei Onlinetalks der Reihe „#FCGVOICES“ des Fashion Council Germany (Deutscher Moderat) zur Zukunft der Mode nach der Krise. Die Gespräche werden als Videos veröffentlicht:
Donnerstag, 21. Mai
auf der Webseite
fashion-council-germany.online
und auf dem Instagram-Kanal
[@fashioncouncilgermany](https://www.instagram.com/fashioncouncilgermany)

Stephan Hebel spricht über die Politik von Angela Merkel und die Rolle der Medien in der politischen Debatte.
Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr
Presseclub Nürnberg. Teilnahme
über folgenden Facebook-Account:
<https://m.facebook.com/PresseclubNuernberg>

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200519

Der Unfug der Gerüchtemacher

Verschwörungstheorien: „Rechtsextreme docken an“, FR-Tagesthema vom 16. Mai

Verschwörungsfanatiker und Realitätsverweigerer

Im Zusammenhang mit der „Corona-Krise“ und ihrer Bewältigung treten erneut Bewegungen auf den Plan, die einerseits versuchen, die Realität dieser Pandemie zu leugnen und den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen über Entstehung und Folgen zu widersprechen, andererseits sich und dem Rest der Welt weiszumachen, ursächlich würden dunkle Mächte dahinterstecken, denen alles mögliche Schlimme unterstellt wird und die auf unsere Regierenden einwirken, um dem Volk die gewohnten Freiheiten dauerhaft zu nehmen. Welch ein Unsinn!

Diese Menschen und Bewegungen werden landauf, landab von allen Medien völlig unkritisch mit dem Attribut bedacht, sie würden „Verschwörungstheorien“ verbreiten. Nach allen Wortinterpretationen ist eine Theorie ein System wissenschaftlich begründeter Aussagen zur Erklärung bestimmter Tatsachen und der ihnen zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten. Entscheidend ist also jedenfalls wissenschaftliche Belegbarkeit. Von diesen unverrückbaren Kriterien ist der Unfug, den die Gerüchtemacher und Fantasten nur auf der Straße und in den „sozialen“ Medien verbreiten, so weit entfernt wie das letzte schwarze Loch im unergründlichen Weltall von der Erde. Ihre kruden Parolen mit „echten“ (wissenschaftlichen) Theorien gleichzusetzen, bedeutet die Hebung auf ein Podest, auf das sie schlicht nicht gehören, zugleich aber die Abwertung der verdienten, wissenschaftlich an dieser pandemischen Erkrankung arbeitenden Theoretiker und Praktiker gerade auch hierzulande. Begrifflich kann man die Parolen dieser sektiererischen Erscheinungen allenfalls als „Verschwörungsfanatiker“, „Verschwörungsgruftis“ oder einfach als Realitätsverweigerer bezeichnen.

Thilo Krause-Palmer, Frankfurt

Die berechtigten Interessen der Betroffenen

In den letzten Tagen las und hörte ich etliche Meinungen darüber, wie man mit Teilnehmer*innen von Demonstrationen gegen Corona-Einschränkungen umgehen soll. Ich selbst

bin ein überzeugter Befürworter der Corona-Schutzmaßnahmen. Einleuchtend erscheint mir aber der Gedanke, mit Demonstrant*innen zu diskutieren, die dazu bereit sind. Sie nehmen für sich in Anspruch, sich auf Argumente zu berufen, im Gegensatz zu Verschwörungstheoretikern und anderen Spinnern. Dann müssen sie auch bereit sein, sich mit meinen Argumenten auseinanderzusetzen.

Ich möchte wissen, was geschehen müsste, damit sie ihre Forderungen als erfüllt ansehen. Widerstand gegen eine allgemeine Impfpflicht? Damit habe ich keine Probleme. Weitergehende Lockerungen? Ja, aber Schritt für Schritt, mit sorgfältiger Beobachtung des Infektionsgeschehens. Es gibt vermutlich noch weitere Forderungen, bei denen ich Möglichkeiten für Kompromisse sehe. Das gilt aber nicht für die sofortige Aufhebung aller Schutzmaßnahmen. Ein Kompromiss muss ja die berechtigten Interessen aller Betroffenen berücksichtigen. Dazu gehören auch die Sorgen jener Menschen, die vor Infektionsrisiken geschützt werden wollen. Wer wirklich zu Diskussionen bereit ist, kann sich nicht über diese Sorgen hinwegsetzen.

Axel Raue, Bad Homburg

Zu viele James-Bond-Filme

Liebe Verschwörungstheoretiker, die ganze Welt wartet auf einen Impfstoff – in einigen Teilen der Welt womöglich vergeblich –, aber ihr verzichtet ganz freiwillig darauf. Ihr müsst auch keine Angst haben, denn das Virus gibt es in Wahrheit ja gar nicht. Die vielen schwerkranken Patienten auf den Intensivstationen natürlich auch nicht. Das wird euch nur von der Lügenpresse vorgegaukelt. Wenn es euch dann aber doch erwischen sollte, ist das für euch sicher kein Problem. Oder wollt ihr euch etwa von Ärzten traktieren lassen, die ja nur Handlanger von Bill G. sind und nur darauf warten, euch endlich, statt zu helfen, einen Chip zu implantieren? Sicher wollt ihr auch nicht, dass die anderen naivgläubigen Mitglieder der Solidargemeinschaft des totalitären Gesundheitssystems eure Behandlung mitfinanzieren, sondern macht das unter euch aus. Irrendwie muss man ja auch zu seinen Überzeugungen stehen.

So viel Altruismus ist heute ausgesprochen selten. Herzlichen Dank dafür. Eine Frage hätte ich noch: Kann es sein, dass einige von euch zu viele James-Bond-Filme gesehen haben?

Dr. Harald Reinemer, Bad Vilbel

Solidarität impliziert Verzicht auf Freiheiten

Manche auf kritisch gepolte Menschen wittern bei jeder aufgedeckten Widersprüchlichkeit oder zumindest Nicht-Nachvollziehbarkeit gleich eine Böswilligkeit oder gar Verschwörung der Regierung. Als ob sich ausgerechnet jetzt 200 Staaten gegen ihre eigenen Bevölkerungen verschworen hätten, wo sie sich bis heute nicht einmal in der Geschichte bei einer einzigen Sache einig geworden sind! Ich muss nicht mit jeder Maßnahme der Regierung übereinstimmen, aber bei jeder Korrektur oder U-Turn gleich von böser Absicht zu schwafeln, offenbart nur die eigene Unreife dieser Menschen, die nur auf der Lauer zu sitzen scheinen, wann sie wieder mal mit dem Freiheitsbegriff aus dem GG herumwedeln können. Dass bei solch einem Präzedenzfall „trial and error“ dazugehören, sollte man der Regierung zugestehen, anstatt aus reiner Geltungssucht ständig als Querulant herausstechen zu müssen! Solidarität impliziert auch bereitwilligen Verzicht auf eigene Freiheiten.

Rehana Akhtar, Düsseldorf

Obskure Ideen werden öffentlich präsentiert

Ich bin entsetzt über meine Mitbürger/innen in Frankfurt, die glaubten, gegen die Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie demonstrieren zu müssen. Ich dachte, dass Frankfurts Bürger/innen grundsätzlich verantwortlich und problembewusst sind. Jetzt muss ich daran zweifeln. Heinsberg geschah zu einer Zeit, als noch relativ wenig über den Verbreitungsweg des Virus bekannt war. Heute weiß jeder mehr. Dass Rechte, Xenophobie, Verschwörungstheoretiker und andere „Dumppfacken“ diesen „Spaziergang“ zum Anlass nahmen, ihre obskuren Ideen öffentlich zu präsentieren, ist geradezu absurd.

Gisela Evenson, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/verschwoerung-2

Ein systemimmanenter Teufelskreislauf

Pflege: „Attraktivere Löhne“, FR-Wirtschaft vom 13. Mai

Jeder kann oder wird über kurz oder lang ein Pflegefall werden. Aber nur eine dauerhaft bessere Bezahlung der (Alten-) Pflegekräfte oder ein nun ausgelobtes „Trostpflaster“ in Form einer Einmal-Sonder-Pauschale, über deren Finanzierung schon wieder gestritten wird, wird die dringend erforderliche Wertschätzung für die Pflege-Mitarbeiter/-innen und die Attraktivität des Pflegeberufes nicht erhöhen. Solange Altenheime und Kranken-

häuser als wirtschaftliche Profitcenter organisiert sind und das Pflegebudget über „Fallzahlen“ oder „Bewohnerschlüssel“ gesteuert wird, werden sowohl die Bewohner im Heim als auch die Mitarbeiter/-innen in der Pflege zu „Budgetposten“ degradiert. Mehrmals hintereinander zeitlich befristete Arbeitsverträge für Berufseinsteiger, Teilzeitverträge oft nur bis maximal 75 Prozent einer Vollzeitstelle, sich ständig ändernde Dienstpläne, alleinige

Nachdienste in überfüllten Stationen sind nach meinen Erfahrungen „Regelgeschäft“ in der Branche und in der gesamten Bandbreite der Einrichtungen zu finden. Eigene Lebensplanung, planbare Freizeitgestaltung, „Work-Life-Balance“ muten für das Personal wie Märchen aus fremden Welten an. Hingegen wurde bereits vor etwa vier Jahren ein Heimpflegeplatz mit höchster Pflegestufe in meinem Umfeld mit einem monatlichen

Betrag von rund 4500 Euro in Rechnung gestellt. Wohin fließt das Geld? Wer kann das mit seiner Rente finanzieren?“

Wenn dieses System nicht bald grundlegend – und zwar unter Anerkennung einer Pflege mit Gemeinwohlstatus als „politische Chefsache“ steuerfinanziert – reformiert wird, wird unsere eigentlich reiche Gesellschaft auf diesem Gebiet über kurz oder lang ein Desaster erleben.

Michael Heimlich, Remscheid